

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

am 12./13. Mai 2022 in Berlin

TOP 5.2 Vereinfachung des Elterngeldes

Antragsteller: BW, HB, HE, MV, NW, SL

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren der Länder begrüßen die Absicht der Bundesregierung, das Elterngeld weiter zu entwickeln, zu vereinfachen und zu digitalisieren.
2. Die Jugend- und Familienministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren der Länder betonen, dass die gewünschten Effekte nur in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erreicht werden können. Sie sind der Auffassung, dass insbesondere Vereinfachung und Digitalisierung konkrete Erleichterungen für die leistungsberechtigten Eltern und ebenso für die Elterngeldstellen bewirken müssen.
3. Sie fordern die Bundesregierung auf, ihr Konzept zur Vereinfachung des Elterngeldes frühzeitig mit den Ländern abzustimmen. Synergieeffekte aus der Digitalisierung sollten für eine effiziente, bürger- und behördenfreundliche Arbeit der Elterngeldstellen nutzbar gemacht werden. Hierzu bedarf es bereits bei der Konzepterstellung zur Vereinfachung des Elterngeldes auch einer Prüfung zur Digitaltauglichkeit der geplanten Maßnahmen. Bei gesetzlichen Maßnahmen, die technische Anpassungen durch die Länder erfordern, sind realistische Übergangsfristen vorzusehen. Darüber hinaus ist es den Jugend- und Familienministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren der Länder ein wichtiges Anliegen, dass die Pläne zur Digitalisierung des Elterngeldes für alle Beteiligten in Bund und Ländern umfassend transparent gemacht werden.